

Walsdorf: Kein Bürgerbegehren

NAHVERSORGUNG Geschlossen hat der Gemeinderat gegen die Initiative von Einwohnern gestimmt, die einen Nettomarkt am Ortsrand verhindern wollen. Warum das Gremium nicht anders konnte – und was die Netto-Gegner nun vorhaben.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ANETTE SCHREIBER

Walsdorf – „Wir haben's verbockt.“ Arno Döring bringt es auf den Punkt. Er ist Motor und Sprecher der Gruppe, die sich gegen die geplante Ansiedlung eines Netto-Marktes wendet und dafür einen Bürgerentscheid anstrebt und ein Bürgerbegehren initiiert hat. Vor gut vier Wochen wurden dafür über 340 Unterschriften im Rathaus übergeben. Dann haben sich Gemeindeverwaltung und Rechtsaufsicht mit damit befasst. Nun die Abstimmung im Gemeinderat, der das Bürgerbegehren einstimmig ablehnte (siehe nebenstehenden Artikel). Begründung: Auf den Unterschriftenlisten waren keine Ansprechpartner genannt. Eine ganz wichtige und notwendige Formalie, wie der Sprecher des Landratsamts, Frank Förtsch, erklärt. Genau da hatte auch Döring nachgefragt und die gleiche Auskunft erhalten. Also ist das Begehren jetzt erst mal vom Tisch.

Wohl aber nur für den Moment. Denn Döring lässt wissen, dass man nun einfach einen neuen Anlauf starten wird. „Wir haben Zeit verloren, aber nicht mehr.“ Schließlich benötige auch das Verfahren, mit dem die Gemeinde einen Bebauungsplan für das Gewerbegebiet mit Netto-Markt auf den Weg bringen wollte, Zeit.

Bauleitverfahren für Netto läuft

Bürgermeister Mario Wolff bestätigt gegenüber dem Fränkischen Tag, dass die Bauleitplanung für Netto weiter laufe. Aber auch, dass der Gemeinderat gar nicht anders gekonnt hatte, als das Bürgerbegehren abzulehnen. „Wir hätten gar nicht anders entscheiden dürfen“, so Wolff. „Wir befinden uns im Bebauungsplanverfahren der Bauleitplanung“, bestätigt er zum Netto-Projekt.

Netto als Investor wird bekanntlich die Erschließung des neuen Gewerbegebietes im Norden Walsdorfs stemmen, wovon sich die Gemeinde Ansiedlungsmöglichkeiten für weiteres Gewerbe und damit dringend nötige Gewerbesteuererhöhungen erhofft. Natürlich soll auch die Lebensmittelversorgung langfristig sichergestellt werden.

Ob das tatsächlich gelingt, bezweifelt die Initiative des Bürgerbegehrens rund um Arno Döring. Insbesondere Nahkauf-Marktbetreiber Thomas Scheuring fürchtet auf der Basis eines Gutachtens, dass die Kaufkraft der gut 2600 Einwohner zählenden Gemeinde nicht für zwei Märkte ausreicht und er im Verdrängungswettbewerb keine Chance gegen einen Großkonzern haben werde.

Arno Döring, dem die Nahkauf-Immobilie gehört und dessen Familie hier lange selbst einen Vollsortimenter-Markt betrieben hat, sieht das genauso. Scheuring, der hier vor zwei Jahren als Partner mit eingestiegen war und den Nahkauf langfristig betreiben möchte, hätte mit Partner Josef Siers schon sehr viel investiert und langfristig geplant. Kunden, so Döring, hätten ihn im Laden angesprochen, als die Netto-



Walsdorfer Bürger fürchten, dass der liebgewonnene Nahkauf von einem Netto verdrängt werden würde.

Foto: Richard Reiser

Pläne der Gemeinde publik geworden waren und gemeint, man müsse doch etwas für den Nahkauf-Erhalt im Zentrum Walsdorfs machen. Ein Vollsortimenter im Gegensatz zu Discounter Netto und zudem auch für die Älteren gut zu erreichen.

Zweiter Anlauf beschlossene Sache

Ein Grund, weshalb sich Rentnerin Ruth Lang hier mit engagiert. Sie findet es sehr schade, dass eine Formalie das Bürgerbegehren ausbremst. Dennoch meint sie, wie viele Mitstreiter, dass man deswegen nicht aufgeben, sondern weitermachen solle. „Man hätte sich halt vorher besser informieren müssen“, aber jetzt wisse man ja, was es



Mario Wolff
Bürgermeister

brauche. So sieht es auch Arno Döring und schätzt die Voraussetzungen als gut ein. Schon im ersten Anlauf letzten Herbst, als ein Stimmungsbild ermittelt und erstmals Unterschriften gesammelt wurden, gab es eine Liste mit 1000 Unterschriften.

Für das Bürgerbegehren, in dem nur in Walsdorf Wohnende unterzeichnen dürfen, hatte man ohne größere Anstrengungen dann gut 340 Unterzeichner gewinnen können. Das erforderliche Quorum von zehn Prozent der Wahlberechtigten, das um die 270 liegt, habe man damit weit übertroffen.

Netto-Gegner zuversichtlich

So sehen sich Döring und der harte Kern von rund 20 Mitstreitern auf einem guten Weg, einen zweiten Anlauf zu wagen, zumal die Rechtsaufsicht außer den nicht genannten Ansprechpartnern auf der Unterschriftenliste nichts zu beanstanden hatte. „Wir machen das auf jeden Fall, denn ein großer Teil der Bevölkerung steht hinter uns“, bekräftigt er.

Listen sind formell unzulässig

VON UNSEREM MITARBEITER RICHARD REISER

Walsdorf – Der Walsdorfer Gemeinderat hat einstimmig das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative „Lebenswertes Walsdorf 2.0. Hier kauf ich noch gern“ für nicht zulässig erklärt.

Am 21. Dezember 2022 haben die Mitglieder der Bürgerinitiative „Lebenswertes Walsdorf 2.0. Hier kauf ich noch gern“ die Unterschriftenlisten für das Bürgerbegehren der Gemeinde Walsdorf übergeben. Die Frage für einen Bürgerentscheid lautete: „Sind sie dafür, dass die Nachversorgung im Ortsrand möglichst erhalten bleibt und von der Gemeinde Walsdorf alle rechtlich zulässigen Maßnahmen unternommen werden, damit sich kein Lebensmittel-einzelhandel am Ortsrand der Gemeinde Walsdorf ansiedelt?“

Nach der Bayerischen Gemeindeordnung hat der Gemeinderat binnen einem Monat über die Zulässigkeit des Begehrens zu entscheiden. Im Falle einer positiven Entscheidung muss dann über einen Abstimmungstermin für den darauffolgenden Bürgerentscheid innerhalb der nächsten drei Monate ent-

den werden, wie Erster Bürgermeister Mario Wolff (Freie Liste) in der jüngsten Gemeinderatssitzung darlegte.

Die Gemeinde Walsdorf hat nach Vorlage der Unterschriftenlisten diese der Rechtsaufsicht im Landratsamt Bamberg, dem Bayerischen Gemeindetag und ihrem Rechtsanwalt zur Prüfung vorgelegt.

Alle drei Prüfer kommen zu dem Ergebnis, dass auf den Unterschriftenlisten ein geforderter Teil fehlt. Auf jeder Liste müssen mindestens drei Vertreter des Bürgerbegehrens mit Name und Anschrift stehen. Nur diese benannten Vertreter können gegenüber der Gemeinde oder anderen Organisationen handeln.

Da auf den Unterschriftenlisten keine Vertreter genannt werden, erfüllen diese Listen nicht die geforderten Voraussetzungen nach Art 18a Abs. 4 der Gemeindeordnung und sind daher formell unzulässig.

Eine weitere Prüfung der Unterschriftenlisten, beziehungsweise ob das geforderte Quorum von 10 Prozent der Einwohner, mindestens 262 Unterschriften, erfüllt ist, muss von der Gemeinde nicht vorgenommen werden.

Außerdem im Gemeinderat diskutiert

Exkurs nach Hofheim

Gemeinderat Christian Eckert (Freie Liste) und Gerd Krämer vom Arbeitskreis Wirtschaft und Entwicklung haben dem Gemeinderat von einem Exkurs nach Hofheim in Unterfranken berichtet, wo sich der Arbeitskreis über das Projekt „Ilek Hofheimer Land“ informiert hat. Die Gemeinde-Allianz ist ein Verbund aus sieben Kommunen, der ein integriertes ländliches Entwicklungskonzept zur Si-

cherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Zeichen des demografischen Wandels entwickelt hat. Mit Hilfe des Ilek wurde zum Beispiel die Ortskern- und Innenentwicklung in der Gemeinde auf den Weg gebracht und der Leerstand von Gebäuden in der Stadt Hofheim beseitigt. Der Arbeitskreis will in einem Termin am 9. März sowohl Bewohner als auch den Gemeinderat über das Konzept informieren.

FRONTALCRASH

Schwerer Unfall fordert fünf Verletzte

Pettstadt – Auf der B 505, Höhe Pettstadt, ist es am Sonntagabend zu einem schweren Verkehrsunfall gekommen. Ein 42-jähriger Pkw-Fahrer aus dem Landkreis Lichtenfels prallte mit seinem Audi frontal gegen den Toyota eines 61-jährigen Mannes aus Zwickau.

Zwei Kinder unter Opfern

Beide Fahrer sowie die Ehefrau und beide Kinder aus dem Audi mussten mit schweren Verletzungen in umliegende Krankenhäuser gebracht werden. Die B 505 musste für die Unfallaufnahme und Bergung der Fahrzeuge für mehrere Stunden gesperrt werden.

An beiden Fahrzeugen entstand Totalschaden. Die Schadenshöhe wird auf über 85.000 Euro geschätzt. Die Ermittlungen zur Unfallursache und dem genauen Unfallhergang dauern noch an.

pol

Kurz notiert

Nahversorgung ist Thema der Sitzung

Burgwindheim – Der Marktgemeinderat trifft sich am Dienstag, 24. Januar, um 19.30 Uhr im Haus des Gastes. Zu den Tagesordnungspunkten gehört unter anderem der Bebauungsplan „Sondergebiet Photovoltaikanlage Kappel“. Des Weiteren geht es um die Nahversorgung und den Dorfladen Burgwindheim.

red

Container als Mehrzweckräume

Breitengüßbach – In der am Dienstag, 24. Januar, anberaumten Sitzung des Gemeinderates geht es unter anderem um die Errichtung von Containern als Mehrzweckräume für die Grund- und Mittelschule und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten. Sitzungsbeginn ist um 19 Uhr im Rathaus.

red

Stadtratsitzung im Bürgerhaus

Hallstadt – Der Stadtrat kommt am Mittwoch, 25. Januar, um 18 Uhr im Bürgerhaus zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem der Antrag auf Verwendung des städtischen Wappens und diverse Mitteilungen.

red

Stammtisch der Bürgerinitiative

Erlau – Am Mittwoch, 25. Januar, lädt die Bürgerinitiative „Lebenswertes Walsdorf 2.0. Hier kaufe ich noch gerne“ ab 19 Uhr zum Stammtisch ins Gashaus Kießling in Erlau ein. Dort gibt es Infos zum geplanten Gewerbegebiet im Norden von Walsdorf. Der Stammtisch findet regelmäßig jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat statt.

red

Gremium tagt in der Oertelscheune

Heiligenstadt – In der am Donnerstag, 26. Januar, anberaumten Sitzung des Marktgemeinderates geht es unter anderem um die Verabschiedung der Büchereileitung und die Bestätigung der Feuerwehrkommandanten Heiligenstadt und Lindach. Sitzungsbeginn ist um 18 Uhr in der Oertelscheune.

red

LANDESPARTEITAG

ÖDP startet mit neuem Parteiprogramm ins Wahljahr

Hirschaid – Rund 250 Delegierte aus den bayerischen ÖDP-Kreisverbänden haben vor Kurzem das neue Landesprogramm der ÖDP verabschiedet, mit dem die Partei in den Wahlkampf ziehen will.

Die neuen ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff wollen ökologisch und gesellschaftlich zentrale Themen in den Vordergrund stellen, die von den Parlamentsparteien nicht bearbeitet werden, wie beispielsweise das dramatische

Artensterben. „Vieles deutet darauf hin, dass diese Krise ein noch größeres Gefährdungspotenzial in sich birgt als alle anderen Krisen, die unsere Gesellschaft derzeit belasten“, sagten Becker und Ruff auf dem Landesparteitag in Hirschaid.

Dritter Nationalpark

Die ÖDP fordert daher auch den dritten Nationalpark Bayerns. Ein zentrales Thema soll auch die Frage sein, „wie wir künftig leben wollen. Wir sind fest davon

überzeugt, dass wir die Ansprüche an den Planeten reduzieren, maßvoller konsumieren müssen“, beschreiben Becker und Ruff die Motivation der ÖDP.

Der Landesparteitag gab auch das Startsignal für die Petition „Bayerns Tiere brauchen eine Stimme“. Mit einer Eingabe im Landtag und in der Staatskanzlei will die ÖDP erreichen, dass ein offizieller Tierschutzbeauftragter bestellt wird, der eine Vernetzungsrolle zwischen Politik, Verwaltung und Tier-

schutzorganisationen einnehmen soll.

Stresstest für die Verfassung

Außerdem plant die ÖDP im Wahljahr die neue Initiative „Stresstest für die Verfassung“. „Wir wollen die politisch sensibilisierte Zeit vor der Wahl nutzen, um die offiziellen Staatsziele Bayerns mit der politischen Realität verglichen werden“ erklärte Becker. Bis zum Sommer sammelt die ÖDP zudem Unterschriften für ihre Petition „Fa-

miläre Betreuung fördern, Kitas entlasten“. Die Aussage von Ministerin Scharf, das „System Kinderbetreuung“ habe „die Belastungsgrenze überschritten“, findet die ÖDP-Basis „alarmierend“. Das Ziel der Initiative: Die familiäre Erziehungsarbeit für Kinder unter drei Jahren soll finanziell besser honoriert werden. Im Anschluss an das Elterngeld des Bundes soll der Freistaat zwei Jahre lang ein monatliches Landesfamilien-geld zahlen.

red